V-83 Für Klimagerechtigkeit - für ein gutes Leben für alle!

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Klimakrise und die ökologische Krise aufzuhalten, ist eine der zentralsten Herausforderungen unserer Zeit. Gleichzeitig müssen wir beobachten, dass der gesellschaftliche Rückhalt dafür schwindet. Dieser Realität wollen wir uns stellen. Das bedeutet aber nicht, Klima-, Natur- und Umweltschutz nicht mehr zu thematisieren, sondern es bedeutet, dass wir die politische Kraft sein müssen, die für Klimagerechtigkeit eine neue Dynamik entfacht.

Gerechtigkeitsfragen sind beim Klimaschutz zu oft in den Hintergrund gerückt. So ist eine Verunsicherung entstanden, ob der Klimaschutz auf individueller Ebene zu finanziellen Einschränkungen und Jobverlust führt. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Klimaschutz geht nicht ohne Gerechtigkeit und gleichzeitig ist die strukturelle Ungerechtigkeit in diesem Land ein Hindernis, um Klimaschutz konsequent umzusetzen.

Vulnerable Bevölkerungsgruppen sind am stärksten betroffen

Die Auswirkungen der Klimakrise sind an sich ungerecht, da sie vermögende Menschen weniger hart trifft. Die Klimakrise verstärkt die bestehende strukturelle Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Natürlich tragen so Maßnahmen für Klimaschutz an sich schon zur Gerechtigkeit bei. Aber allein bei dieser Feststellung können wir nicht stehen bleiben. Auch Maßnahmen zum Klimaschutz müssen so gestaltet werden, dass sie zur sozialen Gerechtigkeit beitragen, um mehr Menschen hinter dem Ziel des Klimaschutzes zu vereinen.

In Deutschland, Europa und global sind Menschen, die nicht zu den finanziell Vermögenden gehören, stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen und gleichzeitig sind sie jene, die die Klimakrise am wenigsten verursacht haben. Die Klimakrise bringt auch eine Verstärkung von Geschlechterungerechtigkeit: Frauen sind anders betroffen als Männer, da sie strukturell weniger Zugang zu politischen Entscheidungsstrukturen, Bildung, Arbeit und Landbesitz haben. Kinder und Jugendliche haben keine Chance, selbst zu wählen, in welcher Welt sie groß werden - aber 1 Milliarde Kinder sind bereits laut UNICEF von der Klimakrise extrem stark gefährdet. Die Schäden der Klimakrise für spätere Generationen sind viel höher als die Investitionen, die unsere Generation leisten muss.

Desinformationen keine Chance geben

In den letzten Jahren erleben wir in Deutschland wieder verstärkt die Leugnung der menschengemachten Klimakrise, eng verknüpft mit dem aktuellen Rechtsruck. Populisten schüren Ängste vor sozialem Abstieg, um unsere Gesellschaft mit einem Anti-Klima-Narrativ zu spalten. Die über rechte Medien und Social-Media-Accounts geführten Desinformationskampagnen zielen darauf ab, wissenschaftsbasierte Politik als „Klima-Sekte“ zu diffamieren und Maßnahmen gegen die Klimakrise als „Klimadiktatur“. Auch Menschen aus der Klimawissenschaft werden für ihre Arbeit

angegriffen. Dies ist kein Zufall. Dahinter steht der enge Austausch zum einen mit der rechten und fossil finanzierten Klimaleugnerszene der USA und zum anderen die enge Verbundenheit mit der russischen Regierung und dem Versuch, in Europa, besonders auch in Deutschland, einer progressiven grünen Politik insgesamt zu schaden. Dieser Realität der rechten Angriffe müssen wir uns stellen und mit unserer Politik für Klimagerechtigkeit in die Offensive gehen.

Mit gerechtem Klimaschutz ein gutes Leben für alle aufbauen

Klimaschutz ist zu viel auf den individuellen Beitrag von einzelnen reduziert worden. Die Aussage von Verkehrsminister Wissing, für die fehlende Emissionsminderung im Verkehrssektor seien die Menschen verantwortlich, die zu viel Auto fahren, ist Beispiel dafür. Dabei liegt es in seiner Verantwortung, durch politische Weichenstellungen hin zu öffentlichem Verkehr und Elektromobilität Emissionssenkungen zu ermöglichen! Auch andere große, strukturelle Veränderungen, wie zum Beispiel die Herstellung von klimaneutralem Stahl, liegen überhaupt nicht in der Hand von Individuen. Und der Handlungsspielraum von Einzelnen wird unweigerlich kleiner, wenn essenzielle Dinge des Alltags nicht gut funktionieren. Wenn kein Bus fährt, wenn die Bahn zu spät kommt, wenn das Stromnetz nicht gut ausgebaut ist oder es keinen Anschluss für ein Nahwärmenetz gibt, wird den Bürger*innen nicht nur das Leben schwer gemacht, es wird fast unmöglich klimabewusst zu handeln.

Fehlende und zu geringe Investitionen in die Infrastruktur schwächen die Daseinsvorsorge der Gesellschaft für den Einzelnen. Diese Investitionen sind mehr als überfällig und müssen in die gleiche Richtung zielen wie der Klimaschutz: Das Ermöglichen einer guten Lebensführung, ohne dass dabei der Planet zugrunde gerichtet wird. Unsere Grüne Daseinsvorsorge zielt darauf ab, dass man einer alleinerziehenden Mutter von zwei Kindern mit eineinhalb Jobs nicht auch noch den Stress auflädt, sich um den Klimaschutz zu kümmern, sondern eine Infrastruktur schafft, die das Leben und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen erleichtert. Das gilt für Klimaschutz ebenso wie für Natur- und Umweltschutz: Die nachhaltige Wahl sollte die einfachste und kostengünstigste sein. Denn die Kosten für insbesondere die Reinigung verseuchten Grundwassers oder die Renaturierung zerstörter Ökosysteme, für ausfallende Ernten oder Krankheitskosten durch Luftverschmutzung tragen wir alle.

Konkret bedeutet es, dass bezahlbare Busse, Bahnen und Ruftaxis klimaneutral und pünktlich auf dem Land und in der Stadt fahren. Es bedeutet, dass Wärmenetze so ausgebaut werden, dass für Mietende die Heizkostenabrechnungen bewältigbar sind. Es bedeutet saubere Luft und erreichbare grüne Inseln zur Naherholung und ein leistungsfähiges Stromnetz, sodass die günstigen Preise für Erneuerbare Energien auch in Mietshäusern ankommen.

Klimaschutz muss, wie andere Aspekte der Daseinsvorsorge, zur kommunalen Pflichtaufgabe werden. Dadurch wird der Klimaschutz in den Kommunen dauerhaft finanziert. Maßnahmen der kommunalen Energie-, Verkehrs- und Wärmewende müssen nicht mehr primär durch Einsparungen an anderer Stelle im kommunalen Haushalt oder unsichere Förderprogramme finanziert werden.

Der Preisvorteil der Erneuerbaren Energien und die gestiegenen Kosten für CO_2 bringen gerade reiche Haushalte dazu, in E-Autos, Wärmepumpen und Solaranlagen zu investieren. Dadurch fällt für sie die Mehrbelastung eines hohen CO_2-Preises weg. Menschen, die sich solche Investitionen nicht leisten können, können sich

auch den CO_2-Preis nicht leisten. Gerade deshalb brauchen wir schnell ein sozial gestaffeltes Klimageld.

Parallel ist es unsere Aufgabe, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit fortzuführen. Gezielte Klima-Förderprogramme für vulnerable Bevölkerungsgruppen zu entwickeln, eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, gute und gerechte Löhne und eine Umkehr der immer stärker entstehenden Kluft zwischen Arm und Reich, ist eine Grundbedingung, damit wir Klimaschutz umsetzen können. Die Transformationsprozesse in der Wirtschaft bedeuten für viele Angestellte Angst um den Arbeitsplatz, mit einer Garantie durch Um- und Weiterbildungen weiterhin Arbeit zu haben, wollen wir diese Ängste nehmen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss auch durch soziale Klimamaßnahmen gestärkt werden, um auf die bereits eintreffenden existenziellen Auswirkungen der Klimakrise solidarisch zu reagieren.

Mit Erneuerbaren gerechten Wohlstand schaffen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein großer Erfolg dieser Regierung. Wir müssen jetzt die Instrumente schaffen, dass die günstigen Stromkosten bei den Menschen ankommen. Große Unternehmen können sich mit sogenannten Power-Purchase-Agreements schon jetzt die Vorteile sichern, das muss auch für Bürger*innen möglich werden.

Durch die soziale Nutzung von Energy-Sharing können gerade Menschen, die unter Energiearmut leiden, unterstützt werden. Wenn Gemeinden große Solaranlagen auf Schulen, Sporthallen oder Rathäusern installieren, sollen Menschen, die von Energiearmut betroffen sind, mit günstigem Strom versorgen. Wenn Flächen für den Bau von Windkraftanlagen ausgeschrieben werden, soll die günstige Weitergabe eines Teils der Stromproduktion an Haushalte in der Nähe zur Bedingung gemacht werden.

Eine erfolgreiche gerechte Erneuerbare Energiewende lebt von Teilhabe und Demokratisierung. Deshalb spielen Bürgerenergiegenossenschaften eine zentrale Rolle, um eine demokratische Teilhabe von Bürger*innen direkt an der Energiewende zu ermöglichen und so die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhöhen. Im Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung spielen die Stadtwerke eine zentrale Rolle. Bei diesen wollen wir eine Demokratisierung von Entscheidungsprozessen und Kontrolle stärken, indem mehr partizipative Möglichkeiten für Bürger*innen geschaffen werden, um ihre Ideen und Bedürfnisse einzubringen.

„Polluters-Pay" - Die Kosten der Klimakrise müssen die Verschmutzer zahlen

Die Verursacher der Klimakrise müssen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Kosten der Klimakrise steigen ins Unermessliche und werden von der Allgemeinheit getragen, während die Gewinne privatisiert werden. Das ist ein zentraler Fehlanreiz, der fossile Geschäftsmodelle am Laufen hält. Statt den Ausstieg aus den Fossilen zu planen, wie es die Weltgemeinschaft in Dubai beschlossen hat, wollen Konzerne wie TotalEnergies, Shell, Wintershall neue Öl- und Gasfelder erschließen. Sie haben in den letzten Jahren Milliardengewinne im fossilen Geschäft mit Öl, Gas und Kohle verzeichnet. Diese zentrale Ungerechtigkeit müssen wir angehen.

Die fossile und CO_2-intensive Industrie, die die Klimakrise verursacht, muss für die Schäden bezahlen. Dazu muss eine Übergewinnsteuer für die fossile Industrie eingeführt und eine Klima-Anpassungsabgabe für Börsengeschäfte mit fossilen

Anlagen. Im BundesBergGesetz, das die Entnahme von Öl, Gas und Kohle aus der Erde in Deutschland regelt, wollen wir eine Extraktionsabgabe direkt bei der Gewinnung fossiler Brennstoffe etablieren. Es gibt auch in Deutschland viele Möglichkeiten, die Verschmutzer in die Verantwortung zu nehmen. Diese Maßnahmen sind notwendig, damit zumindest die Anpassung an die Klimakrise nicht von der Allgemeinheit finanziert wird, sondern von den Verursachern.

Die Gewinne der fossilen Industrie müssen auch international zur Finanzierung des Klimaschutzes beitragen. Dazu ist die Etablierung einer Abgabe auf den Abbau und die Förderung von Öl, Gas und Kohle ein notwendiges Instrument. Die Mittel sollen genutzt werden, um Schäden und Verluste durch die Klimakrise global bereitzustellen, beispielsweise über den "Fonds for responding to Loss and Damage (FRLD)". Auf der nächsten Weltklimakonferenz wird ein neues Klimafinanzierungsziel verhandelt, dieses sowie Maßnahmen zur Entschuldungen von Staaten und Reformierung von Entwicklungsbanken, müssen sich nach den realen globalen Finanzbedarfen an Investitionen in Klimaschutz und Resilienz sowie den Bedarfen mit Blick auf Verlust und Zerstörung durch die Klimakrise richten.

Eine weitere Maßnahme, die wir dem Beispiel des US-Bundesstaates Vermont folgend umsetzen möchten, ist ein Gesetz, das fossile Konzerne in die finanzielle Verantwortung nimmt, die Kosten der Klimaschäden mitzuübernehmen. Nach dem Verursacherprinzip soll ermittelt werden, welche fossilen Konzerne in besonders hohem Maße für Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Genau wird berechnet, zu welchem Prozentsatz ein fossiles Unternehmen mit seinen Treibhausgasemissionen zu Klimaschäden im Land beigetragen hat. Die gewonnenen Gelder sollen verwendet werden, um die Klimafolgen für die Bevölkerung abzumildern, sowie um in Klimaresilienz und Klimaschutz zu investieren.

Fossilen Subventionen sind unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht zu rechtfertigen, sie verschärfen die Klimakrise und helfen den Verschmutzern. Deshalb bleibt hier der Handlungsdruck hoch. Wir plädieren zum Beispiel für die Reform des Dienstwagenprivilegs, einer unsozialen Subvention, die vor allem Gutverdienern das private Fahren von großen, teuren Spritschluckern vergünstigt. Wir wollen es so reformieren, dass Handwerker und Landärztinnen, Bauunternehmen und Außendienst weiterhin Dienstfahrzeuge geltend machen können, die steuerliche Absetzbarkeit aber gedeckelt und vom auch vom CO2-Ausstoß des Autos abhängig gemacht wird.

Das Social Leasing-Modell ist eine sinnvolle Maßnahme, mit der klimafreundlichere Mobilität auch für kleinere Geldbeutel erschwinglich wird. Dabei unterstützt der Staat, dass günstige Elektroautos schon ab 100 Euro im Monat geleast werden können und damit nicht nur für Reiche leistbar sind. Staatliche Förderung von Klimaschutzmaßnahmen muss auf soziale Gerechtigkeit ausgelegt sein. Für lebensverlängernde Maßnahmen für Kohle, Öl und Gas, wie es die CCS-Technologie fast überall ist, gibt es keinen Platz. Sie bremsen den Ausbau der günstigen Erneuerbaren Energien und sind eine Fehlinvestition von Steuergeld.
Wir wollen eine gerechte Umverteilung. Die Verursacher der Klimakrise zahlen mit ihren Gewinnen für Schäden sowie den Aufbau einer Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft, die ein gutes Leben für alle Menschen garantiert.

Fossile Rohstoffe im Boden lassen - Klimakatastrophe abwenden

Auf der Weltklimakonferenz hat die Weltgemeinschaft ihre Abkehr von Fossilen beschlossen. Dies gilt es nun umzusetzen, mit globaler, bi- und multilateraler Zusammenarbeit und der Entwicklung eines bindenden Abkommens zum Ausstieg aus den Fossilen. Aktuelle Finanzierung und Aufbau neuer fossiler Infrastruktur sowie die Neuerschließung von fossilen Lagerstätten widersprechen der „Abkehr von Fossilen“. Dies gilt beispielsweise für die von TotalEnergies durchgeführte Erschließung der Ölvorkommen am Albert See in Uganda oder die Erschließung neuer Gasfelder durch den Konzern One-Dyas vor der Nordseeinsel Borkum. Es darf zu keiner Neuerschließung fossiler Lagerstätten kommen, da sie dem dringenden Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle entgegenstehen. In Deutschland müssen wir hierfür unsere Gesetze modernisieren. Das BundesBergGesetz bedarf einer dringenden Reformierung mit dem Ziel, Neuerschließungen aufgrund ihrer negativen Klimawirksamkeit zu untersagen und aktuelle Förderungen an die Einhaltung der deutschen Klimaziele anzupassen.

Doch über dem Kampf gegen die Klimakrise und dem Bemühen, unser Leben und unsere Infrastruktur an die Folgen der Erderhitzung anzupassen dürfen wir die anderen großen ökologischen Krisen nicht vergessen. Am kritischsten ist der Verlust der Biodiversität. Die Forscherinnen und Forscher haben auch die Ursachen des Artensterbens klar benannt: intensive Landwirtschaft, Versiegelung, Schadstoffe, invasive Arten. Wenn die Bodenfruchtbarkeit beispielsweise immer weiter zurück geht, werden Lebensmittel unausweichlich teurer. Deshalb ist Naturschutz eine zutiefst soziale Aufgabe.

Die dritte große ökologische Krise wird vergleichsweise harmlos mit „Umweltverschmutzung“ umschrieben. Dabei handelt es sich um den massiven Eintrag menschengemachter Substanzen in unsere Umwelt. Mikroplastik findet sich an den Polen und in der Tiefsee, in unserer Atemluft und unseren Blutgefäßen. Der Verkehr verursacht noch immer so viele gesundheitsschädliche Schadstoffe, dass die empfohlenen Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation auch auf mittlere Sicht kaum einzuhalten sind. Unsere derzeitige Industrieproduktion und die intensive Landwirtschaft sind elementar mit der Freisetzung teils giftiger, krebserzeugender oder extrem langlebiger Chemikalien verbunden. Diesen Chemikalien sind wir alle ausgesetzt, aber die am stärksten belasteten Straßen, Städte und Regionen werden in der Regel von ärmeren Menschen bewohnt. Arbeiten, bei denen man gefährlichen Substanzen ausgesetzt ist, werden in der Regel auch nicht von wohlhabenden Menschen durchgeführt. Das sind auch diejenigen, die sich die effektive Behandlung gesundheitlicher Folgen am wenigsten leisten können. Deshalb ist auch Umweltschutz eine zutiefst soziale Aufgabe.

Es ist die Aufgabe unserer Partei, einen neuen Rückhalt für Umwelt-, Natur und Klimagerechtigkeit zu erzeugen. Das gelingt nur, wenn wir diese Themen mit der sozialen Gerechtigkeit zusammen denken. Dafür muss auch eine neue Dynamik in der Gesellschaft selbst entstehen. Diese können wir nicht allein entfachen, das geht, wenn wir zusammen mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, mit unseren Verbündeten in den Verbänden und vor Ort, mit den Kirchen, mit Handwerker*innen für die Umsetzung der Energiewende und mit den progressiven Unternehmen uns koordinieren und an einem Strang ziehen. Klimagerechtigkeit ist kein Thema für die Nische, sondern das bestimmende Thema unserer Zeit.

Aktuell sind wir bereits dabei, die 1,5-Grad-Grenze des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur zu überschreiten und damit die Wahrscheinlichkeit der Überschreitung von Kipppunkten unseres globalen Klimasystems. Die Zeit, in der

wir noch die Möglichkeit haben, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe aufzubauen,
läuft uns davon. Jetzt kommt es auf uns an!

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Tim Bühler (KV Stuttgart); Philipp Bruck (KV Bremen Links der Weser (LdW); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ska Keller (KV Potsdam-Mittelmark); Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Rodatos (KV Bamberg-Stadt); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); sowie 99 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.